

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Roman Simon (CDU)

vom 11. Juni 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juni 2015) und **Antwort**

Anpassung der Zuweisungen an Freie Träger im Jugendbereich

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Gedenkt der Senat, die tariflichen Lohnanpassungen im Jugendbereich nicht nur für die Mitarbeiter der Bezirksämter bei den Zuweisungen zu berücksichtigen, sondern auch die Zuweisungen in den Bereichen anzupassen, wo Freie Träger durch Übertragungen Aufgaben der öffentlichen Hand übernommen und sich dabei verpflichtet haben, nach TV-L zu entlohnen?

Zu 1.: Die Bezirke erhalten unter Zugrundelegung des vom Senat berechneten Bezirksplafonds eine Globalsumme zur Erfüllung aller bezirklichen Aufgaben. Die interne Verteilung der Globalsumme erfolgt in eigener Verantwortung der Bezirke.

Die in der Frage angesprochenen Tätigkeiten der Freien Träger fallen in den Bereich der sozialen Leistungen, die nicht mit einem individuellen Rechtsanspruch verbunden sind. Der Senat hat sich entschlossen, die hierfür gebildete Pauschale im Bezirksplafond für die Jahre 2016 und 2017 jeweils um 2% pro Jahr zu erhöhen. Diese Anpassung wird im Zuge der sog. technischen Fortschreibung der Globalsummen 2016/17 umgesetzt, die Anfang Juli 2015 erfolgt.

Darüber hinaus hat der Senat - mit Blick auf die wachsende Stadt - im Bezirksplafond 2016/17 eine gezielte finanzielle Sicherstellung der Angebote der allgemeinen Kinder- und Jugendförderung umgesetzt. Hierzu wurde eine Aufstockung der Pauschale um weitere rd. 4,9 Mio. € vorgenommen. Die Summe der Anhebung entspricht der Steigerung der Transferkosten, die seit 2011 als Folge von Übertragungsprozessen an Freie Träger in diesem Bereich eingetreten sind. Hierzu zählen auch alle Transferkostensteigerungen, die in der Vergangenheit durch tarifliche Lohnanpassungen in diesem Bereich ausgelöst wurden.

Berlin, den 26. Juni 2015

In Vertretung

Klaus Feiler
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Juli 2015)